

Stellungnahme des Internationalen Versöhnungsbundes, Österreichischer Zweig zur Gefahr eines drohenden neuen Krieges im Mittleren Osten



Spätestens seit Januar 2012 steht die Gefahr eines neuerlichen Krieges in der Region des Nahen und Mittleren Ostens im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm und der Drohung Israels, dagegen militärisch vorzugehen, im Raum. Während die „internationale Gemeinschaft“ (vorwiegend die 5+1-Staaten sowie die zuständigen UN-Gremien, v.a. die IAEO) noch auf Verhandlungen, Sanktionen und die offen gelassene Möglichkeit militärischer Aktionen setzt, scheint in Israel nicht mehr die Frage, „ob“ es einen Angriff auf iranische Atomanlagen startet, in Frage zu stehen, sondern nur noch „wann“ und „mit wessen Unterstützung“. So wird der Krieg gegen den Iran militärisch und propagandistisch unverblümt vorbereitet, ohne dass diese Gefahr in der Weltöffentlichkeit – gerade angesichts der Erfahrungen in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien... - auch nur gebührend wahrgenommen, geschweige denn zu verhindern versucht würde.

Wir wollen dem entgegen halten: Ein neuer Krieg in der Region muss und kann verhindert werden!

- Jeder Krieg führt zu unermesslichem Leid in der Zivilbevölkerung. Menschen sterben, werden verletzt, zur Flucht gezwungen und zu Hass und Vergeltung angestachelt. Die Spirale der Gewalt eskaliert und mögliche Lösungen rücken weiter in die Ferne als zuvor.
- Ein militärischer Angriff auf den Iran würde zu einer weiteren Destabilisierung der Region führen und könnte darüber hinaus unabsehbare Folgen nicht nur in den direkt betroffenen Ländern, sondern für die gesamte Welt haben.
- Eine militärische Aktion gegen einen anderen Staat im Sinne eines „Präventivkrieges“ ist völkerrechtswidrig und würde ein weiteres Mal zur Schwächung des Völkerrechts und des Systems der Vereinten Nationen beitragen, deren Ziel die „Befreiung der Menschheit von der Geißel des Krieges“ (Präambel der UN-Charta) ist.
- Außerdem würde ein Krieg gegen den Iran neuerlich die Wahrnehmung verstärken, dass die Konfliktparteien mit „doppelten Standards“ gemessen werden. Während der NPT dem Iran verbietet, Atomwaffen herzustellen, ihm jedoch die zivile Nutzung der Atomkraft erlaubt, besitzt Israel als Nicht-NPT-Mitglied selbst Atomwaffen und würde sich durch einen militärischen Alleingang über das Völkerrecht hinwegsetzen.

Statt auf die wirtschaftliche und militärische Eskalation im Konflikt zu setzen, können folgende Maßnahmen auf politischer Ebene zu einer Deeskalation der Situation beitragen:

- Verhandlungen mit dem Iran, die mit schrittweisen positiven Angeboten wie gegenseitigen Nichtangriffsgarantien im Falle ausreichender Kooperation beim Atomprogramm - unter Wahrung der eigenen Souveränität –statt mit negativen Sanktionen operieren.
- Zügige Umsetzung der Verhandlungen und Durchführung der Konferenz in Helsinki 2012 über die geplante massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten unter Einbeziehung aller Staaten der Region.
- In Folge könnte die Erweiterung auf eine „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ nach Vorbild der KSZE einen Rahmen für das friedliche Zusammenleben und die Lösung weiterer schwelender Konflikte in der Region schaffen.

Wir rufen dazu auf, alles zu tun, um einen drohenden Krieg zu verhindern. Insbesondere appellieren wir

- an die verantwortlichen PolitikerInnen im Iran, das Atomprogramm transparent und überprüfbar für die zuständigen UN-Gremien zu machen, sowie sich regionalen und internationalen Bemühungen um eine stabile und friedliche Zukunft anzuschließen
- an die verantwortlichen PolitikerInnen in Israel, den Iran keinesfalls militärisch anzugreifen, sich regionalen und internationalen Bemühungen um eine stabile und friedliche Zukunft anzuschließen und dem NPT-Vertrag beizutreten
- an die verantwortlichen PolitikerInnen in den USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie die IAEO, ihre Verhandlungen mit dem Iran in obigem Sinne zu führen und jede Beteiligung oder Unterstützung eines militärischen Angriffes auf den Iran abzulehnen und zu verhindern
- an alle Staaten, insbesondere die Atommächte, ihren im Rahmen des NPT eingegangenen Verpflichtungen zügig nachzukommen. All jene Staaten, die nicht NPT-Vertragsstaaten sind, aber Atomwaffen besitzen, ersuchen wir dringend, dem Vertrag beizutreten. Darüber hinaus fordern wir alle Staaten auf, die Umsetzung einer Nuklearwaffenkonvention zur Abschaffung aller Atomwaffen in die Wege zu leiten
- an die arabischen Staaten, die EU-Mitgliedsländer – insbesondere Österreich - sowie alle anderen Staaten der Welt, sich nach ihren jeweiligen Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung des Konflikts und die Verhinderung eines drohenden Krieges einzusetzen. Staaten oder andere geeignete Organisationen, die im Konflikt über keine eigenen Interessen verfügen und sich schon seit langem für allgemeine atomare Abrüstung einsetzen, könnten sich als glaubwürdige Mediatoren im Konflikt anbieten
- an alle BürgerInnen der genannten Staaten, sich gegen jeden Krieg und alle Atomwaffen zu engagieren und entsprechenden Druck auf ihre jeweiligen Regierungen, politischen RepräsentantInnen und die Öffentlichkeit auszuüben und in diesem Sinne aktiv zu werden.

September 2012